

Beschl.-Nr. 1

STADT LANDSHUT

## Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Jugendhilfeausschusses, Bildungs- und Kultursenats und Sozialausschusses  
vom 25.07.2012

Betreff: Inklusion an Landshuter Schulen;  
- Antrag der Stadträte/-innen Ute Kubatschka, Dietmar Franzke, Robert Gewies,  
Maria Haucke, Gerd Steinberger, SPD-Fraktion vom 16.12.2011, Nr. 885  
- Antrag SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2012,  
Nr. 945

Referent: i. V. Ltd. Rechtsdirektor Hans Schober

Von den	15	Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses waren	12	anwesend.
Von den	10	Mitgliedern des Bildungs- und Kultursenats waren	10	anwesend.
Von den	10	Mitgliedern des Sozialausschusses waren	9	anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde beschlossen:

Vom Bericht des Referenten und von den schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen des Staatlichen Schulamtes, der Schulleitungen von Staatlicher Realschule, HCG und HLG sowie des Baureferats zu den im Antrag gestellten Fragen wird Kenntnis genommen.

Die Stadt Landshut stimmt grundsätzlich mit den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention insbesondere auch für den schulischen Bereich überein und begrüßt diese.

Die Stadt appelliert an den Freistaat Bayern als Träger der staatlichen Schulen, seine Schulen organisatorisch, personell und finanziell so auszustatten, dass sie dem Inklusionsauftrag gerecht werden können.

Außerdem müssen die kommunalen Schulaufwandsträger dem Konnexitätsgrundsatz entsprechend finanziell in die Lage versetzt werden, die Schulen barrierefrei zu gestalten und sie nach den Bedürfnissen der Schüler/innen mit Behinderung auszustatten.

Jugendhilfeausschuss: 12:0

Bildungs- und Kultursenat: 10:0

Sozialausschuss 9:0

Landshut, den 25.07.2012

STADT LANDSHUT

Jugendhilfeausschuss  
Bildungs- und Kultursenat

Hans Rampf  
Oberbürgermeister

Sozialausschuss

Gerd Steinberger  
Bürgermeister